

Verwaltung

Baxmann, Alfred	Bürgermeister
Beneke, Ernst-August	
Niemann, Jens	
Pape, Petra	
Raue, Nicole	
Strecker, Dagobert	Erster Stadtrat
Witte, Bernd	

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12.11.2007
3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes
6. Pädagogische Arbeit in den Kindertagesstätten
-Bericht-
7. Kindergartenbedarfsplanung 2008
Vorlage: 2008 0296
8. Jugendschutz
-Bericht-
9. Familienpass
-Bericht-
10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

- keine -

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Entschuldigt habe sich Herr Reinhard, Frau Hennig wird als Vertreterin an der Sitzung teilnehmen.

Als Gäste werden **Frau Dr. Horst** vom Stadtkindergartenbeirat, **Frau Böhlke** vom Kindergarten Südstadt und **Frau Tietje** vom Kindergarten Weststadt begrüßt.

Den Tagesordnungspunkt 2 bittet die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, dahingehend zu ergänzen, dass es sich um die Genehmigung der Niederschrift der Jugendhilfeausschusssitzung vom 12.11.2007 handele. Der Tagesordnungspunkt 9, Anfragen gemäß Geschäftsordnung, wird als Tagesordnungspunkt 3 vorgezogen. Alle nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich um einen Tagesordnungspunkt nach hinten.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12.11.2007

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

- keine -

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Beneke informiert, dass die Krippeninvestitionszuschüsse der Region Hannover entfallen könnten. Dies habe zur Folge, dass folgende Ausfälle zu erwarten seien:

Krippe Fröbelweg:	15.000,- €
Krippe Paulus:	32.000,- €
Mütterzentrum:	19.000,- / 32.000,- € je nach Kostenakzeptanz
Kita Nordwest:	63.000,- €

Insgesamt wären somit Ausfälle in Höhe von 129.000,- bzw. 142.000,- € zu erwarten. Auf Nachfrage erläutert **Herr Strecker**, dass bisher seitens der Region noch keine Entscheidung über den Entfall der Investitionszuschüsse getroffen sei, die Region jedoch mehrfach angedeutet habe, darüber nachzudenken.

Des weiteren teilt **Herr Beneke** mit, dass die neuen Krippengruppen im Mütterzentrum und in der St. Paulus-Kirchengemeinde spätestens zum 01.08.2008 eröffnet werden.

Hinsichtlich der Unterbringung von fünf Geschwisterkindern im Kindergarten Fröbelweg sei inzwischen eine Lösung gefunden worden. Seitens der

Kirchengemeinde sei ein Kindergartenanbau vorgeschlagen worden. Durch weitere interne Umbaumaßnahmen würden somit sieben Krippenplätze entstehen. Die fünf Kindergartenplätze blieben erhalten. Die betroffenen Eltern hätten bereits Aufnahmebescheide erhalten.

In der Kindertagesstätte Ramlingen-Ehlershausen sei der Neubau seit Januar in Betrieb. Die Einweihung sei für Freitag, den 29.02.2008, um 16:00 Uhr vorgesehen.

Des Weiteren läge jetzt der Entwurf für die Krippenfinanzierung durch den Bund vor. Danach sei ein Zuschuss in Höhe von 13.000,- € je Krippenplatz bei einem Neubau, 5.000,- € je Krippenplatz bei einem Umbau und 1.500,- € je Krippenplatz für Inventar möglich. Eine Informationsveranstaltung fände am kommenden Donnerstag statt.

Zudem müssten für das Jahr 2009 bis 2013 wieder Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen vorgeschlagen werden. Gesucht werden in der Jugendarbeit erfahrene Personen. Auf diesem Wege soll noch einmal darum gebeten werden, geeignete Kandidatinnen bzw. Kandidaten vorzuschlagen. Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, bittet die Verwaltung, die gewählten Jugendschöffen bzw. Jugendhilfsschöffen nach Abschluss des Verfahrens dem Jugendhilfeausschuss mitzuteilen.

Herr Witte berichtet, dass im Jonny-B ein neuer Ausbildungsplatz zum Veranstaltungshelfer eingerichtet werden soll. Insbesondere schwer vermittelbaren Jugendlichen soll hiermit die Möglichkeit eröffnet werden, eine Ausbildung abzuschließen. Auf Nachfrage erläutert **Herr Witte**, dass die Maßnahmen durch die Agentur für Arbeit bezuschusst werde.

Herr Strecker informiert, dass im Rahmen des Landesprogrammes „Profilierung der Hauptschule“ ein jährlicher Personalkostenzuschuss in Höhe von 26.000,- € vom Land gewährt werde. Hiermit sei die Beschäftigung einer Sozialarbeiterin / eines Sozialarbeiters mit 16 Wochenstunden bei 38 Schulwochen möglich.

Problematisch sei, dass die Bewilligung jeweils jährlich vorgenommen werde, das Programm jedoch bis 2010 laufe. Aus diesem Grunde sei nur der Abschluss von Jahresverträgen möglich. Dies erschwere die Einstellung qualifizierter Personen. Die jetzige Stelleninhaberin habe bereits ihre Stelle gekündigt. Er bittet daher die Politik, die Verpflichtung einzugehen, das Projekt bis 2010 durchzuführen, auch wenn das Land sich aus dem Programm zurückziehe. Es sei wichtig, den Schülerinnen und Schülern für die Dauer des Projektes einen festen Ansprechpartner zur Verfügung zu stellen.

Der Jugendhilfeausschuss signalisiert, dass das Projekt weitergeführt werden solle.

5. **Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes**

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, begrüßt und verpflichtet **Herrn Rainer Müller-Brandes** als neues beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

6. Pädagogische Arbeit in den Kindertagesstätten -Bericht-

Frau Tietje berichtet, dass in ihrer Einrichtung inzwischen der dritte Projektblock zur Sprachförderung durchgeführt werden konnte. Das Projekt werde dreimal wöchentlich von einer Sprachtherapeutin geleitet.

In jeder Gruppe gebe es Kinder, die in ihrer Sprachentwicklung unterschiedlich weit entwickelt seien. Zunächst werde daher der allgemeine Entwicklungsstand des Kindes erfasst. Dabei werde geklärt, ob z.B. eine Sprachentwicklungsverzögerung vorliege, was das Kind mache, was es falsch mache und ob diese Fehler spracherwerbstypisch oder untypisch seien. Die Sprachtherapeutin fasse dann die kleineren und größeren Kinder mit ähnlichem Sprachverhalten zusammen und arbeite in Vierergruppen in Einheiten zu ca. 15 Minuten.

Inhaltlich gehe es bei den Kleineren darum, die Aufmerksamkeit zu fokussieren, Kategorien/Zuordnungen herzustellen und den Grundwortschatz zu erweitern. Bei den Größeren gehe es vorrangig um Dysgrammatismus, um Erzählstrukturen und um Artikulationsstörungen.

Insgesamt profitieren etwa 25 Kinder, also etwa ein Viertel der Einrichtung, von dieser Maßnahme. Die Kinder seien selbst begeistert und genossen die Kleingruppenarbeit und insbesondere die Einzelarbeit. Einige Kinder seien offener beim Sprechen geworden und bei einzelnen sei eine Verbesserung des Sprachverhaltens deutlich erkennbar. Die Resonanz der Eltern auf die professionelle Unterstützung sei durchweg positiv. Aus ihrer Sicht könne sie daher sagen, dass das Projekt sehr gelungen sei.

Zudem gab es die Überlegung, ein zweites Projekt mit dem Schwerpunkt „psychomotorische Bewegung oder naturwissenschaftliche Experimente“ anzubieten. Zurzeit sei davon jedoch Abstand genommen worden, da seit Herbst 2007 das Modellprojekt „Das letzte Kindergartenjahr als Brückenjahr zur Schule“ zusammen mit der Villa Mercedes und der Astrid-Lindgren-Grundschule durchgeführt werde. Das Projekt sei vom Kultusministerium initiiert und gefördert. Es solle beide Bildungsbereiche effektiver miteinander verknüpfen und den Übergang erleichtern. Aus diesem Grunde umfasse die Fördermaßnahme einen gemeinsamen Sportunterricht der ersten Klasse und der einzuschulenden Kinder. An dieser Maßnahme nehmen alle schulpflichtigen Kinder und alle Kann-Kinder teil.

Sämtliche personelle als auch räumliche Kapazitäten seien aufgrund der Vielzahl der derzeit angebotenen Projekte ausgeschöpft.

Frau Böhlke vom Kindergarten Südstadt berichtet, dass seit Mai 2007 in ihrem Hause das Projekt „Motopädie“ angeboten werde. Motopädie sei ein Fachgebiet der Pädagogik, das die wissenschaftlich gestützten Methoden der Erziehung durch Bewegung anwendet. Das Projekt werde einmal in der Woche für drei Stunden angeboten und beziehe alle Kinder im Alter von fünf bis sechs Jahren ein. In den Gruppen fallen insbesondere Kinder auf, die motorische Defizite haben, z.B. Ungeschicklichkeit, Bewegungsunruhe oder -ängstlichkeit, extreme Zurückhaltung und Kinder, die Spielangebote verneinen würden. Im Rahmen der Motopädie werden kindgemäße Bewegungsangebote an Großgeräten und mit Kleinmaterialien ausgewählt, so dass die Kinder ihre eigene Wahrnehmung sowie ihr Bewegungs- und Sozialverhalten verbessern können.

Als zweites Projekt werde seit September 2007 einmal wöchentliche Senso-Rhythmik angeboten. Eine Studentin der Musikhochschule Hannover leite das Projekt. Alle Drei- bis Vierjährigen nehmen an dem Projekt teil.

Die Senso-Rhythmik beinhalte eine ganzheitliche Bewegungs- und Musikerziehung, in der innere Empfindungen, Gefühle und Sinneswahrnehmungen rhythmisch geäußert werden sollen. Bei dem rhythmisch-musikalischen Erziehungskonzept werden alle Sinne gefordert und die Wahrnehmung geschult, Konzentration, Aufmerksamkeit und Sozialverhalten gefördert. Inzwischen seien auch für alle Kinder Klanghölzer, Tambourine, Klangbausteine etc. angeschafft worden. Bei der Überlegung, das Projekt einzuführen, sei dieses zunächst nicht bedacht worden.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, bedankt sich bei **Frau Böhlke** und bei **Frau Tietje** für die Vorträge.

Frau Rück bittet, den Erzieherinnen ihren Dank für deren Engagement zu übermitteln. Sie erkundigt sich, ob inzwischen auch freie Träger Mittel beantragt hätten. **Herr Beneke** erwidert, dass ein Träger bereits Mittel beantragt habe, die anderen sich noch in der Planungsphase befänden.

Herr Obst begrüßt die Arbeit der Kindertagesstätten außerordentlich. Er erkundigt sich, ob es bei den Kindertagesstätten mit Migrationshintergrund gelungen sei, auch nichtdeutschsprachige Eltern zu motivieren, Deutsch zu lernen.

Frau Böhlke erläutert, dass nichtdeutschsprachige Eltern die Projekte zwar unterstützen würden, zu Hause jedoch grundsätzlich in der Muttersprache gesprochen werde. Einen direkten Zusammenhang zwischen den Projekten und einer Motivation der Eltern, Deutsch zu lernen, könne sie nicht erkennen.

Frau Dr. Dr. Wunn und **Frau Leykum** warnen vor einer Sprachvermischung. Kinder lernen von ihren Eltern die Sprachstrukturen. Sofern Eltern nicht über die nötigen Deutschkenntnisse verfügen sei es ratsam, dass diese mit ihren Kindern in ihrer Muttersprache sprächen.

7. Kindergartenbedarfsplanung 2008 Vorlage: 2008 0296

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, bittet die Verwaltung, in ihrem Vortrag auf die Anträge in den Ortsräten Schillerslage und Otze einzugehen. An den Ortsrat Otze sei der Wunsch herangetragen worden, auch Weferlingser Kindern die Möglichkeit der Betreuung im Kindergarten Otze zu ermöglichen. An den Ortsrat Schillerslage sei die Sorge herangetragen worden, dass Schillerslager Kinder keinen Platz mehr in Schillerslage erhalten. Zudem bittet sie, auf den Hortplatzbedarf in der Weststadt einzugehen.

Herr Beneke berichtet, dass die Planungen für das neue Kindergartenjahr im März 2008 beginnen. Der Versand der Kindergartenbescheide sei für Ende April/Anfang Mai vorgesehen. Der zuletzt zu verzeichnende Geburtenrückgang sei in 2007 gestoppt. Damit sei die Platzversorgung zum 01.08. des Jahres ausreichend. Derzeit fehlen Plätze für den vierten Jahrgang.

Zu den einzelnen Kindergärten berichtet **Herr Beneke**, dass die Platzversorgung in Schillerslage ausreichend sei, dort zurzeit auch Kinder aus

der Kernstadt untergebracht seien.

In Sorgensen entspreche der tatsächliche Bedarf nicht den errechneten Zahlen, da einige Kinder wegen zeitlich erhöhtem Betreuungsbedarfs in der Kernstadt betreut werden. Dort sei derzeit daher kein Handlungsbedarf, obwohl die rechnerischen Zahlen dagegensprechen.

In Otze zeichne sich ein rechnerisches Fehl ab. Geprüft werde daher die Möglichkeit, den Dachboden der Grundschule auszubauen, um den Multifunktionsraum zu verlegen und bei der Gelegenheit noch einen Betreuungsraum für die Schule zu schaffen. Die erste grobe Kostenschätzung belaufe sich auf ca. 190.000,- € für den Umbau und ca. 20.000,- € für das Inventar. Durch den Umbau bestehe jedoch die Möglichkeit, eine dritte Gruppe einzurichten.

In Ehlershausen sei der Anbau in Betrieb genommen. Bis zum Sommer werde dort noch eine zusätzliche Kleingruppe mit maximal 10 Kindern betreut.

In der Kernstadt fehlen ab März Plätze für den vierten Jahrgang.

Seitens der ev.-luth. Kirchengemeinde St. Pankratius sei geplant, einen Kindergartenanbau vorzunehmen. Unter Hinweis auf die Fördermöglichkeiten des Landes wurde seitens der Stadt angeregt, den Anbau so zu gestalten, dass sieben Krippenkinder zusätzlich betreut werden können. Dann könnte es bei der derzeitigen Belegung mit Kindergartenkindern bleiben. Anlass für das seinerzeit geführte Gespräch sei gewesen, dass aufgrund der Vorhaltung von Krippenplätzen im Sommer voraussichtlich keine Kindergartenkinder neu aufgenommen werden konnten. Davon betroffen waren u.a. fünf Geschwisterkinder, deren Eltern sich schriftlich an die Stadt Burgdorf gewandt hätten. Inzwischen konnten jedoch, wie bereits berichtet, Aufnahmebescheide erteilt werden.

Die Baukosten für den Anbau würden sich auf ca. 75.000,- € belaufen. Zuschüsse seien vom Land in Höhe von 35.000,- € und von der Region Hannover in Höhe von 15.000,- € zu erwarten. Die Kirche selbst trage 25.000,- €, so dass das Vorhaben ohne städtische Mittel umsetzbar sei.

Zum Krippenangebot teilt **Herr Beneke** mit, dass dieses weiter ausgebaut werden soll. Konkret werde das Angebot im Sommer 2008 von 34 auf 69 Plätze ausgeweitet. Mit der Fertigstellung des Neubaus in der Weststadt würde sich die Krippenplatzzahl auf 99 Plätze erhöhen. Die weitere Entwicklung sei abhängig vom Bedarf und von den vorgegebenen Planzielen.

Derzeit gebe es Überlegungen der Kirchengemeinde St. Paulus, Räume für eine zweite Krippengruppe am Gemeindehaus anzubauen.

Rechtlich bestehe auch die Möglichkeit, in einer Kindergartengruppe bis zu drei Krippenkinder zu betreuen. Diese Lösung sei jedoch nur dann umsetzbar, wenn alle Voraussetzungen stimmen würden. Problematisch seien z.B. räumliche Gegebenheiten wie z.B. mehrere Etagen, Toiletten im Keller, etc..

Das Hortangebot für Schulkinder soll ab dem Sommer um eine neue Gruppe mit 20 Plätzen in der Astrid-Lindgren-Grundschule erweitert werden. Zurzeit lägen 18 Anmeldungen vor.

Im Kindergarten Südstadt wird zurzeit die Verlegung der Hortgruppe in das Schulzentrum geprüft, um mehr Platz für die Kindergartenarbeit zu schaffen

(Kleingruppenarbeit).

Herr Müller-Brandes nimmt Bezug zum geplanten Anbau des Kindergarten Fröbelwegs. Der Anbau sei fest geplant, allerdings trage er Sorge, dass die Zuschüsse nicht in der angekündigten Höhe gewährt werden. Das Vorhaben sei in diesem Fall nicht finanzierbar.

Herr Bürgermeister Baxmann erwidert, dass die Stadt die Möglichkeit eines Zuschusses überprüfen werde, sofern der Zuschuss geringer ausfallen sollte.

Zur Vergabe der Kindergartenplätze informiert **Herr Müller-Brandes**, dass grundsätzlich Krippenkinder einen sog. Bestandsschutz genießen. Die ev.-luth. Kirchengemeinde gewähre den Eltern die Betreuungssicherheit, dass ihre Kinder vom Krippenalter an bis zum Ende der Kindergartenzeit dort betreut werden können. Er bittet um Verständnis. **Herr Bürgermeister Baxmann** erwidert, dass die Vorgehensweise seitens der Stadt nachvollzogen werden könne. Sofern jedoch Belegungsprobleme entstanden, bittet er die ev.-luth. Kirchengemeinde, dies zukünftig intern zu klären.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, betont, dass sich die Stadt über das Angebot der freien Kindertagesstätten Träger glücklich schätzen müsse.

Herr Obst spricht sich für einen Anbau an den Kindergarten Fröbelweg aus. Fest stehe, dass weitere Plätze geschaffen werden müssten. Wichtig sei jedoch auch, dass das Land seine Zuschüsse weiterhin bereitstelle und nicht zurückziehe.

Frau Dr. Horst bittet die Verwaltung, die Betreuungszeiten sowie die Belegung klarer darzustellen.

Herr Beneke erwidert, dass es derzeit noch freie Plätze in der Nachmittagsgruppe der Kindertagesstätte Südstadt gebe. Eine Betreuung sei von 07:00 bis 17:00 Uhr möglich. In der Kindertagesstätte Freibad werden derzeit ca. 45 Kinder ganztags betreut, in der Kindertagesstätte Weststadt ca. 25 Kinder und in der Kindertagesstätte Südstadt ca. 18 bis 19 Kinder. Im Kindergarten Fröbelweg gebe es eine Ganztagsgruppe.

Frau Dr. Horst gibt zu bedenken, dass auch in Ramlingen-Ehlershausen der Bedarf für die Einrichtung einer Ganztagsgruppe bestehe.

Es wird beschlossen:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Burgdorf, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Burgdorf stellt in Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung von 2007 (Vorlage 2007 0117 und Vorlage 2007 0117/1) das vorhandene Angebot an Kindergärten, Horten und Krippen sowie den Bedarf und den weiteren erforderlichen Ausbau gemäß den Anlagen zu dieser Vorlage fest.

Darüber hinaus begrüßt der Jugendhilfeausschuss den Ausbau der Grundschule Otze sowie die Erweiterung des Hortangebotes um 20 weitere Plätze in der Weststadt. Die Verwaltung wird gebeten, die Platzvergabe zeitnah vorzunehmen und die Eltern zu informieren.

Hinsichtlich der Kindergartenbelegung in der Kindertagesstätte Fröbelweg wird

die Verwaltung gebeten, eine einvernehmliche Lösung auszuarbeiten.

- Einstimmiger Beschluss -

8. **Jugendschutz** **-Bericht-**

Herr Witte berichtet, dass grundsätzlich zwischen dem präventiven/vorbeugenden und kontrollierenden Jugendschutz unterschieden werden müsse. In Zusammenarbeit mit den Schulen werde jedes Jahr eine Projektwoche durchgeführt, in der präventiv gegen Suchtgefahren und Gewaltbereitschaft gearbeitet werde. Zusätzlich werden in Zusammenarbeit mit den Schulen Theaterstücke z.B. zur Aidsvorbeugung oder gegen Mobbing in Schulen angeschaut und nachbereitet.

Das Südstadtbistro biete auffälligen Jungen Sportangebote wie z.B. Fußball, Mitternachtssport, etc. an. Im letzten Jahr wurde erstmals ein Hochseilgarten im Stadtpark aufgebaut. Auch hier wurden verhaltensauffällige Jugendliche integriert.

In diesem Jahr werde der Hochseilgarten in einen erlebnispädagogischen Parcours eingebaut.

Der kontrollierende Jugendschutz sei eingebettet in die hiesige Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei. Bei Schützenfesten und Stadtfesten werden gemeinsame Kontrollen durchgeführt. Die Kontrollen passieren in einschlägigen Gaststätten aber auch auf der Straße. Des Weiteren werden Einzelhandelsgeschäfte, Tankstellen und Kioske kontrolliert. Hauptaugenmerk sei hier die Abgabe von Alkohol und Zigaretten an Jugendliche.

In Abständen werden Videotheken und Spielhallen kontrolliert.

Herrn Beigel stellt sich die Frage, ob die bisher vorgenommenen Kontrollen ausreichend seien und genügend Haushaltsmittel zur Verfügung ständen. Jedes Gesetz sei nur so gut wie es kontrolliert werden kann bzw. kontrolliert werde. Es stellt sich daher die Frage, ob die Kontrollen verstärkt werden müssten.

Herr Bürgermeister Baxmann gibt zu bedenken, dass bei einer Ausweitung der Kontrollen auch zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt werden müsse. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizei stehe die Stadt Burgdorf deutlich besser da, als die umliegenden Kommunen.

Frau Leykum sieht zusätzlichen Personalbedarf bei der Mobilen Jugendhilfe. Aus ihrer Sicht sei der Ostlandring ein Brennpunkt. Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, sieht ebenfalls zusätzlichen Bedarf in der Mobilen Jugendhilfe. In welcher Form müsse im einzelnen geklärt werden.

Herr Obst hält eine Berufsperspektive für junge Leute für wichtig. Es müsse Ansprechpartner geben, die sie unterstützen und verstehen. **Herr Langen** sei an dieser Stelle als richtiger Man am richtigen Ort zu benennen. Bevor über einzelne Stadtteile gesprochen werde, bittet er Fachinformationen von den zuständigen Mitarbeitern heranzuziehen. Er regt an, **Herrn Rühling** einzuladen. Im privaten Bereich halte er eine Kontrolle für schwierig. Verstärktes Augenmerk solle auf die Kontrolle bei der Abgabe von Alkohol und Zigaretten gerichtet sein.

Herr Paul informiert, dass am 22.05.2008 eine Veranstaltung zu dem Thema „Du bist gut“ stattfindet. Zu der Veranstaltung seien alle achten Klassen eingeladen. Auch für die Eltern sei ein Vortrag zum Thema „Drogenberatung“ vorgesehen. Gerade der Kampf gegen den Alkoholmissbrauch sei sehr schwer.

Herr Beigel informiert, dass die Region Hannover einem Zeitungsbericht zufolge eine halbe Stelle für den kontrollierenden Jugendschutz eingerichtet habe. Er halte dies für zu wenig. In Hannover sei ein Anstieg von Straftaten im Zusammenhang mit Alkoholkonsum zu verzeichnen. Er bittet daher um Bericht, wie sich die Situation in Burgdorf darstelle. In diesem Zusammenhang bittet er **Herrn Dr. Pinkenburg** um Bericht aus Sicht des Amtsgerichtes Burgdorf. Zudem bittet er zur Beantwortung **Herrn Rühling** und die örtliche Polizei einzubeziehen.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, bittet die Verwaltung, zu diesem Thema **Herrn Rühling** in die nächsten Sitzung einzuladen.

9. Familienpass -Bericht-

Herr Witte berichtet, dass der Familienpass seit mittlerweile acht Jahren angeboten werde. Durchschnittlich führen 100 Haushalte diesen Pass. Im Jahr 2007 waren es 113 Haushalte. Davon waren 64 alleinerziehend, 28 Arbeitslosengeld II-Empfänger und 21 Haushalte hatten drei oder mehr Kinder. Sieben Anträge mussten im Jahr 2007 abgelehnt werden. 16 Familien erhielten Wassergeldzuschüsse. Die bereitgestellten Haushaltsmittel seien ausreichend, um den vorhandenen Leistungskatalog zu erfüllen.

Über den Leistungskatalog hinaus wurden insbesondere Vergünstigungen in der Stadtbücherei, im Hallenbad, Essenszuschüsse in der Schule bzw. im Kindergarten, Zuschüsse für frühmusikalische Erziehung und Zuschüsse zu Beitragszahlungen für z.B. Sportvereine nachgefragt.

10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, bittet die Verwaltung, eine geeignete Ersatzfläche für den durch den Kindergartenneubau Nordwest wegfallenden Bolzplatz zu finden.

Des Weiteren erkundigt sie sich nach dem Abenteuerspielplatz im Stadtpark. **Herr Witte** erwidert, dass die Gudrun-Pausewang-Schule ein Projekt initiiert habe, bei dem die 3. Klassen das Abenteuergelände planen würden. In den Osterferien sei im Rahmen der Ferienpassaktion ein Projekt zur Gestaltung der Aussichtsplattform geplant.

Frau Dr. Horst erkundigt sich, wie viele Burgdorfer Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I derzeit Schulen außerhalb Burgdorfs besuchen. Des Weiteren bittet sie um Information, wie viele Schülerinnen und Schüler von außerhalb in Burgdorf zur Schule gehen, ob die Gründe für die alternative Schulwahl bekannt sind, ob in der längerfristigen Planung der Burgdorfer Schulen eine Ganztagsgrundschule vorgesehen sei und ob die Einrichtung einer Gesamtschule für Burgdorf in Erwägung gezogen wird.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, bittet die Frage im Schul- und Kulturausschuss zu behandeln. **Herr Bürgermeister Baxmann** lenkt ein, dass allgemeine Informationen auch in der nächsten Jugendhilfeausschuss-Sitzung zur Verfügung gestellt werden können.

Einwohnerfragestunde

Herr Ruser nimmt Bezug zum Jugendschutzvortrag **Herrn Wittes**. Er bittet auch die Eltern aktiv zu mobilisieren. Er müsse kritisieren, dass keine Informationen von der Verwaltung an die Eltern weitergeleitet werden. Zudem fehle ein durchgängiges Konzept. Zwar gebe es Sozialpädagogen an der Hauptschule, aber an den weiteren Schulen der Stadt Burgdorf nicht. Es werden zwar zahlreiche Einzelprojekte angeboten, die jedoch nicht aufeinander aufbauen würden. Ein durchgängiges Konzept in Zusammenarbeit mit allen Trägern müsse daher erarbeitet werden.

Herr Bürgermeister Baxmann zeigt sich gerne bereit, Informationen an die Eltern weiterzutragen. Dies sei jedoch nur möglich, sofern der Informationsbedarf an die Verwaltung herangetragen werde. Die Erarbeitung eines durchgängigen Konzeptes sei schwierig, da die Stadtverwaltung nicht für alle Bereiche zuständig sei.

Herr Witte ergänzt, dass er glücklich sei, überhaupt einen Ausbildungsplatz für schwervermittelbare Jugendliche bereitstellen zu können. Man dürfe nicht vergessen, dass hier eine Zielgruppe angesprochen werde, die sonst keine Beschäftigungsmöglichkeit finden würde.

Herr Ruser betont noch einmal, dass er eine umsichtige Planung für erforderlich halte. Leider würde es sich immer um zeitlich begrenzte Projekte handeln, eine nahtlose Fortführung der Projekte wie z.B. vom Kindergarten in die Schule sei erforderlich. Sofern eine Ausbildungsmöglichkeit bestehe, müsse auch darüber nachgedacht werden, ob nach Beendigung der Ausbildung eine Perspektive über eine weitere Beschäftigung bestehe.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, schließt die öffentliche Sitzung um 18:45 Uhr.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin